

Nordschleswig



Martin Henriksen, Sprecher der DF-Fraktion für Ausländer- und Integrationsfragen

SCANPIX

Forscher in neuem Buch: Der dänische Rechtspopulismus ist kein Krisenphänomen

Europaweit gewinnen rechte Parteien an Zulauf / In Dänemark hat der Populismus Tradition – ein neues Buch gibt einen Überblick über die Forschung zum Thema

APENRADE/AABENRAA Wie kann es sein, dass die zweitgrößte Fraktion im Folketing von einer rechtspopulistischen Partei gebildet wird, die von vielen inzwischen als ganz normaler und legitimer Teil der dänischen Demokratie angesehen wird?

Dieser Frage wird in einem neuen internationalen Forschungsüberblick nachgegangen. Eine der Antworten lautet: Die Automatismen der Medien können die DF-Agenda begünstigen. Zugleich scheinen die Dänen besonders offen für die Themen der Populisten, wenn es ihnen wirtschaftlich gut geht.

DF – eine klassische populistische Partei

Aus wissenschaftlicher Sicht, so die Autoren, die aktuelle Forschungsarbeiten zum Thema analysiert haben, entsprechen die Mitglieder der Dansk Folkeparti voll und ganz dem Bild „kompletter Populisten“. Die Partei bezieht sich in ihren Äußerungen stets auf „das Volk“ bzw. den „gewöhnlichen Bürger“, schließt „Fremdgruppen“ daraus aus und vertritt anti-elitäre Standpunkte sowohl national als auch international. So wird die EU als „internationale Elite“ bekämpft.

Selbstdarstellung als Volksvertreter

Dieser unnachgiebig betonte Widerspruch zwischen den „gewöhnlichen Bürgern“ und einer angeblich wirklichkeitsfremden (politischen) Elite ist eine der zentralen Säulen des Populismus. Dabei werden, so der Bericht, „Dinge in akzeptabler Weise behauptet“, die jedoch unausgesprochen hässlich gemeint sind. Artikel und Beiträge in den Medien, die Einzelfälle be-

leuchten, geben Politikern populistischer Parteien dabei immer wieder die Möglichkeit, diesen angeblichen Konflikt zwischen „dem kleinen Mann“ und der „Elite“ zu kommentieren.

Medien sind nicht alleinverantwortlich

Die Ursache für die zunehmende Bedeutung populistischer Parteien, vor allem DF, in Dänemark alleine bei den Medien zu suchen, sei jedoch zu kurz gegriffen, sagt der Mitautor Professor David Nicolas Hopmann von der Süddänischen Universität im Gespräch mit dem Nordschleswiger.

„Dass sich auf Probleme und Konflikt fokussiert wird, ist ja sozusagen die DNA einer Nachricht.“

David N. Hopmann
Politikwissenschaftler

„Gesellschaftliche Prozesse sind nicht so banal kausal zu erklären. Die dänischen Journalisten fördern nicht bestimmte Parteiinteressen“, sagt er. „Allerdings stellt sich die Frage, ob dies indirekt und ungewollt geschieht, wenn in Fallbeispielen auf die Tränendrüse gedrückt wird.“ Solche Einzelfall-Geschichten, in denen es häufig um die Hilflosigkeit gewöhnlicher Bürger gegenüber der „Elite“ (Komune, Regierung, Behörde usw.) geht, hätten „einen großen Einfluss darauf, wie politische Zusammenhänge wahrgenommen werden.“

Auf Konflikt fokussiert

„Dass sich auf Probleme und Konflikt fokussiert wird, ist ja sozusagen die DNA einer Nachricht“, sagt Hopmann. In Dänemark liege der Fokus dabei sehr häufig auf dem Thema Ausländer – weil bestimmte politi-

sche Akteure immer wieder in diese Richtung zuspitzen und das Thema die Öffentlichkeit anspricht. „Die Entscheidung der Journalisten, dieses Thema immer wieder aufzugreifen, ist aus journalistischer Sicht durchaus nachvollziehbar. Es führt dann aber eben auch zu einem bestimmten Bild“, so der Politikwissenschaftler.

Dänen in Krisenzeiten weniger für Populisten erreichbar?

Ungewöhnlich in Dänemark ist die Beobachtung, dass die Wähler, je besser es dem Land geht, eher offener für rechtspopulistische Botschaften scheinen. So ist die Ausländerdebatte im Wahlkampf 2011 überraschend weit in den Hintergrund getreten. Angesichts der Finanzkrise hatten die Dänen offenbar andere Sorgen als Einwanderung oder Integration. Und das, obwohl die Wähler von DF in überdurchschnittlich hohem Maße aus sozial Schwachen, Arbeitslosen, wenig Gebildeten besteht – jenen also, die wirtschaftliche Krisen meist als Erste treffen.

Auch hier wird der Einfluss der Medien deutlich: In Zeiten, wo Arbeit und Wohlstand weniger in Gefahr sind, haben emotionale und wenig handfeste Themen wie „Werte“ mehr Platz in der öffentlichen Debatte. Zugleich stellen die Forscher fest, dass sich Populisten selbst schaden, wenn sie sich auf eine ökonomische Politik festlegen, diese womöglich sogar in den Vordergrund rücken – weil sie so Gefahr laufen, den Haltungen potenzieller Wähler zu widersprechen.

Die eigenen Themen immer im Fokus

Die drei genannten Kernpunkte (den einfachen Dä-

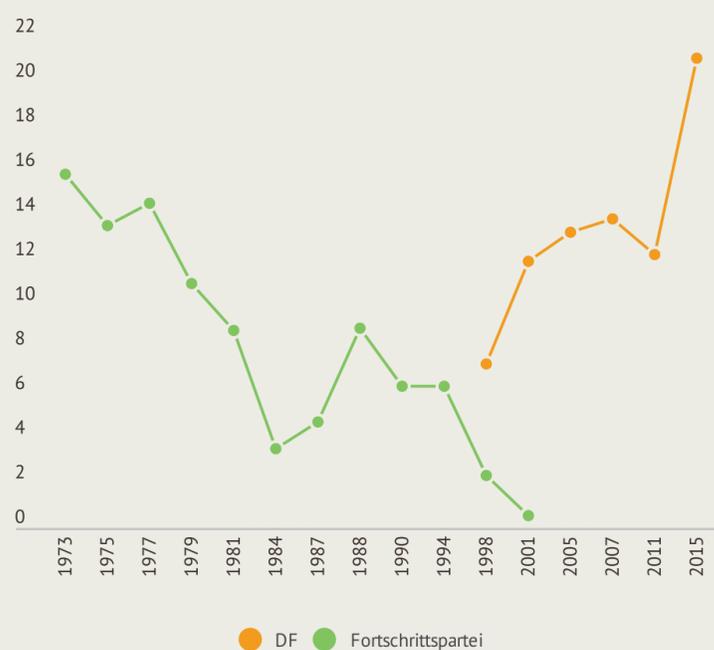
nen ansprechen, Fremdgruppen ausschließen und das Wir-hier-unten-gegen-die-da-oben-Gefühl) werden deshalb, folgt man der Argumentation der Autoren, in allen Politikbereichen immer wieder hervorgebracht. Vereinfacht ausgedrückt, Rechtspopulisten reduzieren viele Themen auf eine Formel: Die Fremden sind ein Problem, die da oben schauen weg (oder forcieren das) und lassen uns hier unten im Stich.

Die Medien nehmen sich dann dieses Konfliktes immer wieder an – und versäumen es vielfach, das Thema hintergründig zu beleuchten. So habe sich die dänische Berichterstattung zum Thema Immigration hauptsächlich „auf die Reaktion auf Immigration anstatt auf die Immigration als solche“ fokussiert. Die Medien „räumen populistischer politischer Kommunikation Platz ein, indem sie den Konfliktrahmen nutzen“, so die Autoren. Auf diese Weise genehmigen sie ihnen auch einen großen Einfluss auf die öffentliche Wahrnehmung zum Beispiel der Europäischen Union und der Mobilisierung von nationaler Identität gegen die europäische Integration.

Cornelius von Tiedemann

Kommendes Jahr erscheint das dem Nordschleswiger bereits vorliegende Buch „Populist Political Communication in Europe“ im Routledge-Verlag. Darin werten Mitglieder des europäischen Wissenschaftsverbundes COST Action IS1308 Forschungsergebnisse zu Populismus in vielen europäischen Staaten aus. Für Dänemark haben dies Christian Martin Bächler und David Nicolas Hopmann, Professor an der Süddänischen Universität, getan.

Rechtspopulisten in Dänemark



Rechtspopulistische Parteien im dänischen Folketing seit 1973. Stimmenanteile in Prozent.

1972: Die Fortschrittspartei wird von Mogens Glistrup als ultraliberale populistische Partei gegründet.

1980: Die Partei schreibt die Forderung nach Einwanderungsstopp für Muslime und die Ausweisung von Einwanderern ins Parteiprogramm.

1983-84: Glistrup wird wegen Steuerhinterziehung verurteilt. Pia Kjærsgaard zieht als Vertreterin Glistrups erstmals ins Folketing ein, wird 1984 gewählte Abgeordnete.

1995: Kjærsgaard und u. a. Kristian Thulesen Dahl verlassen die Fortschrittspartei und gründen DF.

1999: Staatsminister Poul Nyrup Rasmussen (Soz.) sagt die berühmten Worte „Stubenrein, das werdet ihr nie“.

2001: DF wird für zehn Jahre parlamentarische Grundlage für die VK-Regierung.

2012: Kristian Thulesen Dahl löst Kjærsgaard an der Parteispitze ab.

2015: Kjærsgaard wird Folketingspräsidentin. Die Partei wird erneut parlamentarische Grundlage, diesmal für Venstres Alleinregierung.